

Freisgauer Nachrichten

Auflage über 5000!

Vertriebspreis Nr. 2

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Senzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.
Amtliches Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Abonnementpreis: durch die Post frei im Jahr 1.80 per Vierteljahr, durch die Kasse frei im Jahr 80 Wfr. per Monat.
Erschint täglich mit Ausnahme Sonntags, Wochen-Vergangen: Freisgauer Sonntagblatt.
Einzelhefte Preis: 10 Wfr., außer 15 Wfr. im Restantell pro Seite 80 Wfr. Restantellgebühr pro Tausend 5 Mark.

Emmendingen, Dienstag 6. Dezember 1904
Nr. 285 1. Blatt 38. Jahrgang

Tageskalender.

6. Dezember (ebang. u. kath.): Nikolaus.)
1492. Columbus entdeckt Haiti.
1892. Werner Siemens, Ingenieur, gestorben.

Die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres 1896, 1905

1873 1876 1889 1905

330136 368204 491726 584734 617271

Nach der Regierungsvorlage

Zur Veranschaulichung der deutschen Armee.

Die oldenburgische Rulstrat-Affäre

hat endlich ihre gerichtliche Aufklärung gefunden. Dem Minister Rulstrat war bekanntlich im Gesandtschaftsblatt 'Der Reichsbote' mit aller Offenheit Meinungen vorgeworfen worden. Es war selbstverständlich, daß diese Anklage zu einem gerichtlichen Austrag führen mußte, und es erregte schon Befremden, daß der Minister mit seinem Strafamt eine gewisse Zeit wartete. Die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des 'Reichsboten', Schreyer, hat nun nach verschiedenen Richtungen hin Ueberarhungen gebracht. Die größte Ueberarhebung ergab sich zum Schluß, als die Verteidiger wegen der Behandlung vor Gericht ihre Mandate niederlegten, so erliefen er, daß das nicht zulässig sei, daß vielmehr zu solchen Aufhebungen nur einmal in Ausnahmefällen gefahren werden dürfe. Das allein sei schon Beweis genug für die Notwendigkeit einer gründlichen Sanierung unserer Finanzen. In Frage komme neben Sparbarkeit in den Ausgaben nun auch noch eine etwaige Erleichterung der Einnahmen. Was auch da an die für die Zukunft erwarteten höheren Einnahmen. Diese zu überschauen, darf aber schon früher gewarnt. Die verbundenen Maßnahmen seien einzig, daß gegenwärtig eine Sanierung unserer Finanzen nicht länger vertagt werden könne.

Die Eisenbahn- und Personentarifreformen.

Schon die Vorgänge des letzten Eisenbahnministers von Bude haben eine Reform der Personentaris angelehrt. Die Zeit nun hierfür offenbar noch nicht reif, denn der Gedanke, daß große Gewinne zu erzielen sind durch Erparnisse, die eine Arbeitsvereinfachung ermöglicht, war noch nicht als einer der wichtigsten wirtschaftlichen Gesichtspunkte erkannt worden. Erst in den letzten Jahren ist, von der Eisenindustrie ausgehend, diese Erkenntnis allgemeiner geworden und man ist darauf gekommen, sie auch für die deutschen Staatsbahnen zu verwerten. Das ist nicht im Sinne der Einführung der Reichseisenbahnen geschehen, hatte der preussische Eisenbahnminister schon damals richtig erkannt, als er bei seinem Amtsantritt die Kundreise durch Deutschland unternahm und allenthalben betonte, die preussische Staatsbahn beste nicht daran, eine Reichseisenbahn zu schaffen zu wollen. Damit war jedes Mißtrauen aus dem Wege geräumt und eine Verständigung über gemeinsame Arbeit unter Wahrung der Selbstständigkeit jeder einzelnen Staatsbahn konnte angestrebt werden. Das Verdienst, diesen Weg zuerst beschritten zu haben, gebührt Württemberg, dem sich dann Bayern und Baden angeschlossen sind einverstanden. Auch jetzt steht, wie denn 'Vresl. Generalanzeiger' versichert wird, Minister v. Bude auf dem Standpunkte, daß eine Reichseisenbahn nicht möglich, sondern eher schädlich wäre. Unter voller Wahrung der Hoheitsrechte eines jeden Staates eine gemeinsame Lösung der ja jeder Eisenbahn gleicheren Aufgaben, das ist das Ziel, dem die deutschen V-hnen durch die Beratung über die Betriebsmittelgemeinschaft erheblich näher gekommen sind. Da sich nun Sachen an den Ronsprecher beteiligen wird, so kann man heute schon der Ueberzeugung sein, daß die Interessengemeinschaft zustande kommen wird. Damit rückt aber auch eine Reform in sichtbare Nähe, die bisher noch unbestimmter erschien, nämlich die Reform der Personentaris. Zwar ist man darüber nicht überall einig, aber die Betätigung einiger prinzipieller Gedanken, die in letzter Zeit erfolglos blieben, läßt erkennen, daß die Bahnen, erst einmal völlig gemeinsam arbeitend, auch hierin zur Ueberreife kommen werden. Gedacht wird an die Einführung der halben Rückfahrkarte als einfache Fahrkarte. Da- mit würde neben den Annehmlichkeiten für das Publikum auch die Befreiung der jährlichen Verluste erreicht, die allen deutschen Bahnen durch den Mißbrauch erwachsen, der mit Rückfahrkarten getrieben wird. Das preussische Eisenbahnministerium hat eine Statistik der festgestellten Fälle, die, obwohl sie bei weitem nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, recht erhebliche Zahlen ausweisen. Mit der Personentarisreform wird die Rückfahrkarte, das Rundreiseblatt, die Schreibgebühr für Reklamationen nicht ausgenutzt werden und mancher andere Befreiung werden, das heute als lästig im Personentaris empfunden wird.

Deutscher Reichstag.

104. Sitzung vom 3. Dezember 1. Uhr.
Lagesordnung: Erste Lesung des Reichshaushaltsplans für 1905. Das Wort nimmt zunächst: Staatssekretär Steingel: Er betont, daß auch dieses Jahr mit einem Selbstbetrag abgeschlossen habe. Bei den Ergebnissen für das laufende Jahr 1904 konstatiert er, daß die Reform der Zuckerversteuerung, wie sich aus der großen Mehrerhebung derselben ergeben, sich als der rechte Weg erwiesen habe. Bei der Reichspost scheinen die Einnahmen den Voranschlag nur gering übersteigen zu wollen. Bei der Reichsbahn eröffnen sich glückliche Aussichten. Die Mehrerhebungen sind den Voranschlag gegenüber. Bei den Zöllen sei auf ein Minus von 14 bis 15 Millionen bis zum Ablauf des Jahres zu rechnen. Im ganzen lasse sich aber annehmen, daß das laufende Etatsjahr ohne Selbstbetrag abschließen werde. Was den neuen Etat betreffe, so verhalte sich der selbst, daß das Reich mit der Reichsbudgets notwendigem Bedürfnisse nicht zurückbleiben dürfe. Ein Stillstand hierin würde verhängnisvoll sein. Infolgedessen gelte es ein Defizit, das durch eine Anleihe zu decken sei, in Höhe von 75 Millionen. Da bei habe sich der Bundesrat bereits dazu entschlossen, einen Betrag von 46 Millionen für das Jahr, der nach dem Verbrauch

hat endlich ihre gerichtliche Aufklärung gefunden. Dem Minister Rulstrat war bekanntlich im Gesandtschaftsblatt 'Der Reichsbote' mit aller Offenheit Meinungen vorgeworfen worden. Es war selbstverständlich, daß diese Anklage zu einem gerichtlichen Austrag führen mußte, und es erregte schon Befremden, daß der Minister mit seinem Strafamt eine gewisse Zeit wartete. Die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des 'Reichsboten', Schreyer, hat nun nach verschiedenen Richtungen hin Ueberarhungen gebracht. Die größte Ueberhebung ergab sich zum Schluß, als die Verteidiger wegen der Behandlung vor Gericht ihre Mandate niederlegten, so erliefen er, daß das nicht zulässig sei, daß vielmehr zu solchen Aufhebungen nur einmal in Ausnahmefällen gefahren werden dürfe. Das allein sei schon Beweis genug für die Notwendigkeit einer gründlichen Sanierung unserer Finanzen. In Frage komme neben Sparbarkeit in den Ausgaben nun auch noch eine etwaige Erleichterung der Einnahmen. Was auch da an die für die Zukunft erwarteten höheren Einnahmen. Diese zu überschauen, darf aber schon früher gewarnt. Die verbundenen Maßnahmen seien einzig, daß gegenwärtig eine Sanierung unserer Finanzen nicht länger vertagt werden könne.

hat endlich ihre gerichtliche Aufklärung gefunden. Dem Minister Rulstrat war bekanntlich im Gesandtschaftsblatt 'Der Reichsbote' mit aller Offenheit Meinungen vorgeworfen worden. Es war selbstverständlich, daß diese Anklage zu einem gerichtlichen Austrag führen mußte, und es erregte schon Befremden, daß der Minister mit seinem Strafamt eine gewisse Zeit wartete. Die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des 'Reichsboten', Schreyer, hat nun nach verschiedenen Richtungen hin Ueberarhungen gebracht. Die größte Ueberhebung ergab sich zum Schluß, als die Verteidiger wegen der Behandlung vor Gericht ihre Mandate niederlegten, so erliefen er, daß das nicht zulässig sei, daß vielmehr zu solchen Aufhebungen nur einmal in Ausnahmefällen gefahren werden dürfe. Das allein sei schon Beweis genug für die Notwendigkeit einer gründlichen Sanierung unserer Finanzen. In Frage komme neben Sparbarkeit in den Ausgaben nun auch noch eine etwaige Erleichterung der Einnahmen. Was auch da an die für die Zukunft erwarteten höheren Einnahmen. Diese zu überschauen, darf aber schon früher gewarnt. Die verbundenen Maßnahmen seien einzig, daß gegenwärtig eine Sanierung unserer Finanzen nicht länger vertagt werden könne.

hat endlich ihre gerichtliche Aufklärung gefunden. Dem Minister Rulstrat war bekanntlich im Gesandtschaftsblatt 'Der Reichsbote' mit aller Offenheit Meinungen vorgeworfen worden. Es war selbstverständlich, daß diese Anklage zu einem gerichtlichen Austrag führen mußte, und es erregte schon Befremden, daß der Minister mit seinem Strafamt eine gewisse Zeit wartete. Die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des 'Reichsboten', Schreyer, hat nun nach verschiedenen Richtungen hin Ueberarhungen gebracht. Die größte Ueberhebung ergab sich zum Schluß, als die Verteidiger wegen der Behandlung vor Gericht ihre Mandate niederlegten, so erliefen er, daß das nicht zulässig sei, daß vielmehr zu solchen Aufhebungen nur einmal in Ausnahmefällen gefahren werden dürfe. Das allein sei schon Beweis genug für die Notwendigkeit einer gründlichen Sanierung unserer Finanzen. In Frage komme neben Sparbarkeit in den Ausgaben nun auch noch eine etwaige Erleichterung der Einnahmen. Was auch da an die für die Zukunft erwarteten höheren Einnahmen. Diese zu überschauen, darf aber schon früher gewarnt. Die verbundenen Maßnahmen seien einzig, daß gegenwärtig eine Sanierung unserer Finanzen nicht länger vertagt werden könne.

hat endlich ihre gerichtliche Aufklärung gefunden. Dem Minister Rulstrat war bekanntlich im Gesandtschaftsblatt 'Der Reichsbote' mit aller Offenheit Meinungen vorgeworfen worden. Es war selbstverständlich, daß diese Anklage zu einem gerichtlichen Austrag führen mußte, und es erregte schon Befremden, daß der Minister mit seinem Strafamt eine gewisse Zeit wartete. Die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des 'Reichsboten', Schreyer, hat nun nach verschiedenen Richtungen hin Ueberarhungen gebracht. Die größte Ueberhebung ergab sich zum Schluß, als die Verteidiger wegen der Behandlung vor Gericht ihre Mandate niederlegten, so erliefen er, daß das nicht zulässig sei, daß vielmehr zu solchen Aufhebungen nur einmal in Ausnahmefällen gefahren werden dürfe. Das allein sei schon Beweis genug für die Notwendigkeit einer gründlichen Sanierung unserer Finanzen. In Frage komme neben Sparbarkeit in den Ausgaben nun auch noch eine etwaige Erleichterung der Einnahmen. Was auch da an die für die Zukunft erwarteten höheren Einnahmen. Diese zu überschauen, darf aber schon früher gewarnt. Die verbundenen Maßnahmen seien einzig, daß gegenwärtig eine Sanierung unserer Finanzen nicht länger vertagt werden könne.

hat endlich ihre gerichtliche Aufklärung gefunden. Dem Minister Rulstrat war bekanntlich im Gesandtschaftsblatt 'Der Reichsbote' mit aller Offenheit Meinungen vorgeworfen worden. Es war selbstverständlich, daß diese Anklage zu einem gerichtlichen Austrag führen mußte, und es erregte schon Befremden, daß der Minister mit seinem Strafamt eine gewisse Zeit wartete. Die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des 'Reichsboten', Schreyer, hat nun nach verschiedenen Richtungen hin Ueberarhungen gebracht. Die größte Ueberhebung ergab sich zum Schluß, als die Verteidiger wegen der Behandlung vor Gericht ihre Mandate niederlegten, so erliefen er, daß das nicht zulässig sei, daß vielmehr zu solchen Aufhebungen nur einmal in Ausnahmefällen gefahren werden dürfe. Das allein sei schon Beweis genug für die Notwendigkeit einer gründlichen Sanierung unserer Finanzen. In Frage komme neben Sparbarkeit in den Ausgaben nun auch noch eine etwaige Erleichterung der Einnahmen. Was auch da an die für die Zukunft erwarteten höheren Einnahmen. Diese zu überschauen, darf aber schon früher gewarnt. Die verbundenen Maßnahmen seien einzig, daß gegenwärtig eine Sanierung unserer Finanzen nicht länger vertagt werden könne.

hat endlich ihre gerichtliche Aufklärung gefunden. Dem Minister Rulstrat war bekanntlich im Gesandtschaftsblatt 'Der Reichsbote' mit aller Offenheit Meinungen vorgeworfen worden. Es war selbstverständlich, daß diese Anklage zu einem gerichtlichen Austrag führen mußte, und es erregte schon Befremden, daß der Minister mit seinem Strafamt eine gewisse Zeit wartete. Die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des 'Reichsboten', Schreyer, hat nun nach verschiedenen Richtungen hin Ueberarhungen gebracht. Die größte Ueberhebung ergab sich zum Schluß, als die Verteidiger wegen der Behandlung vor Gericht ihre Mandate niederlegten, so erliefen er, daß das nicht zulässig sei, daß vielmehr zu solchen Aufhebungen nur einmal in Ausnahmefällen gefahren werden dürfe. Das allein sei schon Beweis genug für die Notwendigkeit einer gründlichen Sanierung unserer Finanzen. In Frage komme neben Sparbarkeit in den Ausgaben nun auch noch eine etwaige Erleichterung der Einnahmen. Was auch da an die für die Zukunft erwarteten höheren Einnahmen. Diese zu überschauen, darf aber schon früher gewarnt. Die verbundenen Maßnahmen seien einzig, daß gegenwärtig eine Sanierung unserer Finanzen nicht länger vertagt werden könne.

gestifteten, und hinter gemachten Guts, auch für die Zukunft, und wenn die Gutsbesitzer sich nicht für die Gutsverwaltung interessieren, so ist es für die Gutsbesitzer selbst, die die Gutsverwaltung betreiben, ein Nachteil, wenn die Gutsverwaltung nicht in die Hände der Gutsbesitzer übergeht, sondern in die Hände eines Fremden, der die Gutsverwaltung betreiben wird. Die Gutsverwaltung ist ein Geschäft, das von einem Gutsbesitzer selbst betreiben werden sollte, und nicht von einem Fremden, der die Gutsverwaltung betreiben wird. Die Gutsverwaltung ist ein Geschäft, das von einem Gutsbesitzer selbst betreiben werden sollte, und nicht von einem Fremden, der die Gutsverwaltung betreiben wird.

gestifteten, und hinter gemachten Guts, auch für die Zukunft, und wenn die Gutsbesitzer sich nicht für die Gutsverwaltung interessieren, so ist es für die Gutsbesitzer selbst, die die Gutsverwaltung betreiben, ein Nachteil, wenn die Gutsverwaltung nicht in die Hände der Gutsbesitzer übergeht, sondern in die Hände eines Fremden, der die Gutsverwaltung betreiben wird. Die Gutsverwaltung ist ein Geschäft, das von einem Gutsbesitzer selbst betreiben werden sollte, und nicht von einem Fremden, der die Gutsverwaltung betreiben wird. Die Gutsverwaltung ist ein Geschäft, das von einem Gutsbesitzer selbst betreiben werden sollte, und nicht von einem Fremden, der die Gutsverwaltung betreiben wird.

gestifteten, und hinter gemachten Guts, auch für die Zukunft, und wenn die Gutsbesitzer sich nicht für die Gutsverwaltung interessieren, so ist es für die Gutsbesitzer selbst, die die Gutsverwaltung betreiben, ein Nachteil, wenn die Gutsverwaltung nicht in die Hände der Gutsbesitzer übergeht, sondern in die Hände eines Fremden, der die Gutsverwaltung betreiben wird. Die Gutsverwaltung ist ein Geschäft, das von einem Gutsbesitzer selbst betreiben werden sollte, und nicht von einem Fremden, der die Gutsverwaltung betreiben wird. Die Gutsverwaltung ist ein Geschäft, das von einem Gutsbesitzer selbst betreiben werden sollte, und nicht von einem Fremden, der die Gutsverwaltung betreiben wird.

gestifteten, und hinter gemachten Guts, auch für die Zukunft, und wenn die Gutsbesitzer sich nicht für die Gutsverwaltung interessieren, so ist es für die Gutsbesitzer selbst, die die Gutsverwaltung betreiben, ein Nachteil, wenn die Gutsverwaltung nicht in die Hände der Gutsbesitzer übergeht, sondern in die Hände eines Fremden, der die Gutsverwaltung betreiben wird. Die Gutsverwaltung ist ein Geschäft, das von einem Gutsbesitzer selbst betreiben werden sollte, und nicht von einem Fremden, der die Gutsverwaltung betreiben wird. Die Gutsverwaltung ist ein Geschäft, das von einem Gutsbesitzer selbst betreiben werden sollte, und nicht von einem Fremden, der die Gutsverwaltung betreiben wird.

